

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Kemme, Stefanie (2011):

Kriminalität und demografischer Wandel. Entwicklungen in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(3), 4-13.

doi: 10.7396/2011_3_A

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Kemme, Stefanie (2011). Kriminalität und demografischer Wandel. Entwicklungen in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3), 4-13, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2011_3_A.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2011

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 3/2013

Kriminalität und demografischer Wandel

Entwicklungen in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre



STEFANIE KEMME,
*wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Kriminologischen Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN).*

Die polizeilich registrierte Kriminalität ist in Deutschland seit Jahren rückläufig. Auf Grund dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob eine Ursache der bereits einsetzende demografische Wandel ist. Die Altersstruktur in der Bevölkerung hat sich in einigen Bundesländern seit 1995 stark verändert und bis zum Jahr 2030 sind massive Umwälzungen der Bevölkerungsstruktur in ganz Deutschland zu erwarten; die Zahl der jüngeren Personen wird sinken und die Zahl der älteren wird weiter steigen. Da jüngere Altersgruppen eine höhere Delinquenzbelastung aufweisen als ältere, wird der demografische Wandel auch das Kriminalitätsaufkommen beeinflussen. Daher werden im folgenden Beitrag die Bevölkerungs- und Kriminalitätsentwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre auf Basis der amtlichen Kriminal- und Rechtspflegestatistiken näher beleuchtet. Dabei zeigt sich, dass Änderungen in der Bevölkerungsstruktur der letzten 14 Jahre bereits ihren Niederschlag in der registrierten Kriminalität gefunden haben. Andererseits wird aber auch deutlich, dass der demografische Wandel nur einen Teil der Veränderungen erklären kann. Daneben müssen weitere Faktoren berücksichtigt werden. Um Einflussfaktoren auf die Kriminalitätsentwicklung aufzudecken und die Folgen des demografischen Wandels für die Institutionen formeller sozialer Kontrolle abzuschätzen, läuft derzeit ein Projekt des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), das im folgenden Beitrag näher dargestellt wird.

1. EINLEITUNG

Für die Arbeit der Polizei ist die Beobachtung und Analyse der Kriminalitätsentwicklung von enormer Bedeutung. So erscheint die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik jährlich nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für jedes Bundesland, und zum Teil werden die Daten auch für Regierungsbezirke und Polizeidirektionen aufbereitet. Daneben werden auf Bundes- und Landesebene umfangreiche Lagebilder, Sicherheits- und Jahresberichte erstellt.¹

Seit Jahren beobachtet man einen Rückgang der polizeilich registrierten Kriminalität. Die Anzahl der in der bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) registrierten Fälle² ist von 1995 bis 2008 von 6,7 Mio. auf 6,1 Mio. gesunken. Betrachtet man diese Entwicklung relativ, anhand der Häufigkeitsziffern, so zeigt sich ein Rückgang für Deutschland von 8.179 auf 7.437 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Allerdings ist dieser Rückgang nicht stetig, von 2000 bis 2004 gab es einen zeitweisen Anstieg. Vor allem lassen

sich zwischen den Ländern Unterschiede feststellen. Besonders starke Rückgänge verzeichnen die ostdeutschen Bundesländer (bspw. Brandenburg -32 %; Sachsen-Anhalt -26 %); allerdings lag deren Häufigkeitsziffer in den 1990er Jahren weit über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Abbildung 1). In Bayern und Niedersachsen sank die Häufigkeitsziffer weniger stark um 5 % bzw. 9 %, so dass sich zwischen ost- und westdeutschen Ländern eine Annäherung vollzogen hat. Der Rückgang der Häufigkeitsziffer ist jedoch auch delikt-spezifisch zu betrachten. Während einige Delikte stark zurückgehen (z.B. schwerer Diebstahl), weisen andere eine steigende Häufigkeitsziffer auf (z.B. Betrug).

Auf Grund dieser rückläufigen Entwicklung taucht vermehrt die Frage auf, ob die Ursache im bereits einsetzenden demografischen Wandel zu suchen ist, der seit vielen Jahren ein viel diskutiertes Phänomen ist. Zwar ist seit 1995 die Bevölkerungsanzahl in Deutschland nicht zurückgegangen³, dennoch haben sich bereits Änderungen in der Alterskomposition der Bevölkerung vollzogen. Während der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland bis 2009 bereits um fast 3 % (auf 17 %) gesunken ist, hat der Anteil der über 60-Jährigen um ca. 5 % (auf 26 %) zugenommen.

Nach der zwölften koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung⁴ werden diese Verschiebungen bis zum Jahr 2030 noch drastischer. So wird die Zahl der über 60-Jährigen von ca. 21 Mio. auf über 28 Mio. steigen, wobei die Gesamtbevölkerung in Deutschland von 82 Mio. auf unter 78 Mio. sinken wird. Damit wird der Anteil der über 60-jährigen Bürgerinnen und Bürger nochmals um 10 % auf 36 % zunehmen, während die Anteile der jüngeren Altersgruppen weiter abnehmen werden.

Zu beachten ist, dass sich diese Veränderungen regional stark unterschiedlich

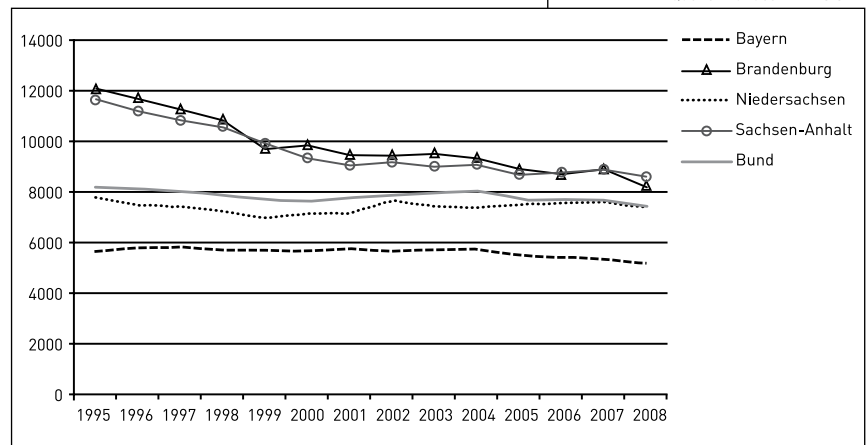


Abb. 1: Häufigkeitsziffer von Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und des Bundes von 1995 bis 2008

vollziehen werden. Beispielsweise wird in Niedersachsen die Bevölkerung bis 2030 um 6,2 % sinken (auf 7.428.000), in Brandenburg hingegen um 9,2 % (auf 2.279.000). Zudem werden in Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie in den anderen ostdeutschen Ländern mit Abnahme der Bevölkerung die Altersverschiebungen sehr viel stärker ausfallen. So sieht man auf Abbildung 2, dass der Anteil der über 60-Jährigen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt bis 2030 auf 43,3 % bzw. 43,6 % steigen wird, in Bayern und Niedersachsen „nur“ auf 34,8 % bzw. 37,1 %.

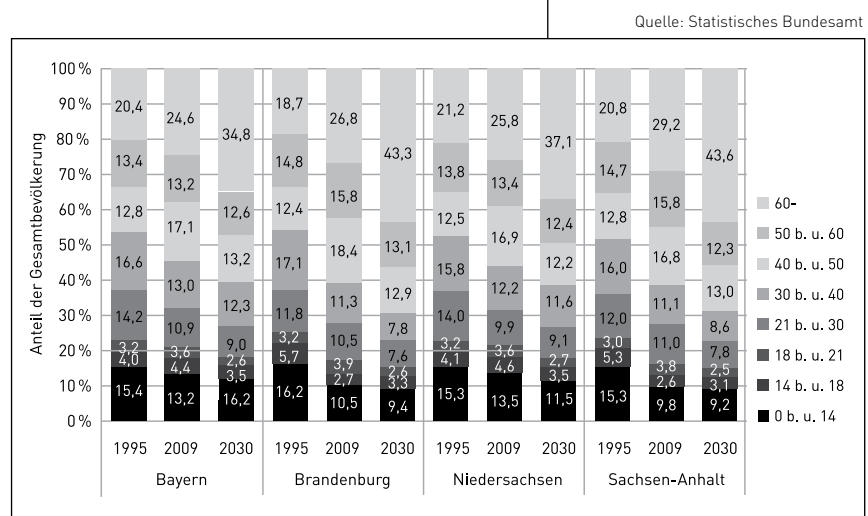


Abb. 2: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt 1995, 2009 und 2030

Quelle: Bundeskriminalamt

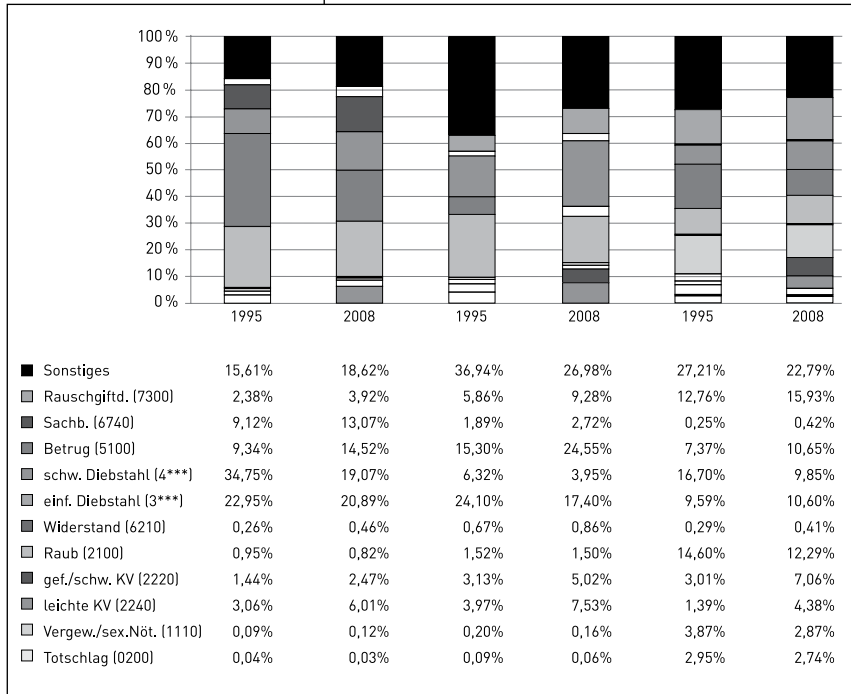


Abb. 3: Anteil der Delikte in der Polizeilichen Kriminalstatistik, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstatistik 1995 und 2008

Schon lange werden die Auswirkungen dieser Bevölkerungsveränderungen auf das Kriminalitätsaufkommen auf Ebene der Tatverdächtigen, der Verurteilten und der Insassen diskutiert (bspw. Langenhoff 2005; Metz/Sohn 2008; Spiess 2009). Da jüngere Menschen weitaus mehr Delikte als ältere Personen begehen, ist die Annahme berechtigt, dass das absolute Kriminalitätsaufkommen mit Abnahme der jungen und Zunahme der älteren Menschen in der Gesellschaft sinken muss. Inwiefern die zukünftigen Veränderungen und Verschiebungen in der Altersstruktur das Kriminalitätsaufkommen beeinflussen, ist Ausgangsfrage eines derzeit am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) laufenden Projekts. Im Anschluss an die Darstellung der deutschen Kriminalitätsentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre sollen Ablauf und Ziel dieses Projektes kurz skizziert werden.

2. KRIMINALITÄTSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1995 UND 2008

Mit dem Rückgang der polizeilich registrierten Straftaten in Deutschland seit 1995 zeigt sich bereits eine Verschiebung der Deliktsstruktur. Vergleicht man die Anteile der verschiedenen Delikte an allen Straftaten insgesamt, so ist bundesweit ein einheitlicher Trend zu beobachten (siehe Abbildung 3). Der Anteil der Fälle an Körperverletzungsdelikten nahm von 1995 bis 2008 zu (von 4,5 % auf 8,5 %), wie auch Sachbeschädigungen, Betrügereien und Rauschgiftdelikte. Diebstahlsdelikte nahmen hingegen ab, von 57,7 % auf 40,0 %. Diese Veränderungen ergeben sich auch für die Zusammensetzung der Verurteilten und Inhaftierten, bezogen auf das jeweils schwerste Delikt. Die Zahl der wegen Körperverletzungen Verurteilten steigt von 7,1 % auf 12,5 %, der Inhaftierten sogar von 4,4 % auf 11,4 %. Die Zahl der wegen Diebstahlsdelikten Verurteilten sank von 30,4 % auf 21,4 % und machte 2008 „nur noch“ rund ein Fünftel aller Inhaftierten aus (1995 noch ein Viertel).

Im Jahr 1995 lag die Aufklärungsquote bundesweit bei 45 %, 2009 bereits bei 56 %; das bedeutet, dass mehr als jede zweite Tat mittlerweile aufgeklärt wird. Die Veränderung in der Zusammensetzung aller Fälle trägt auch ihren Teil zur Erhöhung der Aufklärungsquote bei.⁵ So werden die Delikte anteilig weniger, die eine niedrige Aufklärungsquote aufweisen, wie bspw. Diebstahl. Bundesweit wurden nur 15 % aller schweren und 43 % aller einfachen Diebstähle aufgeklärt. Bei den Delikten, die anteilig stark zunehmen, werden relativ viele Fälle aufgeklärt⁶: leichte Körperverletzung (90 %), gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Betrug (82 %) und Rauschgiftdelikte (95 %). Allerdings unterlagen auch die delikt-spezifischen Aufklärungsquoten teilweise

starken Änderungen, so dass nicht nur die Anteile der Delikte für die Erhöhung der Quoten in allen Ländern seit 1995 verantwortlich sind.

Die Zahl der Tatverdächtigen nimmt einen ähnlichen Verlauf wie die der Fälle. Von 1995 bis 2004 haben die Tatverdächtigen in Deutschland von 2,1 Mio. auf 2,4 Mio. zugenommen. Seitdem ist die Zahl wieder auf 2,2 Mio. gesunken. Dass sie über dem Stand von 1995 liegt, ist unter anderem der hohen Aufklärungsquote geschuldet.

Die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen ist stetig rückläufig und liegt mittlerweile bei ca. 460.000. Damit ist der Anteil von 28,5 % im Jahr 1995 auf 21,1 % gesunken. Auch im Bereich der Gewaltkriminalität, welche die Delikte Mord/Totschlag, Vergewaltigung, Raub und gefährliche/schwere Körperverletzung beinhaltet, ist der Anteil nichtdeutscher Täter von 29,7 % auf 23,5 % gefallen.⁷ Allerdings ist dies auch der Bereich, in dem die Anzahl an Tatverdächtigen absolut am stärksten gestiegen ist (bei Deutschen um 53,8 %, bei Nichtdeutschen um 11,8 %). Dennoch sind insbesondere schwere Formen der Gewalt rückläufig (Spiess 2009), so dass gefolgert wird, dass der Anstieg der Gewalt auf einer Zunahme der Anzeigen bei Gewaltdelikten mit geringer Schwere beruht (Köllisch/Oberwittler 2004; LKA-NRW 2006). In Befragungen des KFN konnte gezeigt werden, dass zwischen 1998 und 2005 in München, Stuttgart und Schwäbisch-Gmünd und zwischen 2000 und 2004 in Hannover und Friesland die Anzeigebereitschaft bei verschiedenen Gewaltdelikten stark und teils signifikant gestiegen ist (Baier 2008). Die gesellschaftliche Sensibilisierung gegenüber Gewalt hat ihren Ausdruck im Züchtungsverbot in der Erziehung sowie in erweiterten rechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt (Gewaltschutzgesetz) gefunden und macht

sich über alle Altersgruppen bemerkbar.

Dass der Anteil nichtdeutscher Täter rückläufig ist, dürfte einerseits Ausdruck einer tatsächlich rückläufigen Kriminalitätsbereitschaft von Nichtdeutschen sein. Andererseits ist zu beachten, dass die Erfassungsmodalitäten eine Rolle spielen könnten: Als „nichtdeutsch“ werden Täter in der Polizeilichen Kriminalstatistik dann eingestuft, wenn sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 ist es für Migranten einfacher geworden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.

Die Tatverdächtigen haben sich nicht nur in den einzelnen Altersgruppen, sondern auch in den Regionen unterschiedlich entwickelt. Beispielsweise hat in Niedersachsen die Gruppe der über 40-jährigen Tatverdächtigen sehr viel stärker zugenommen als die Gruppe der 14 bis 21-Jährigen. Während diese „nur“ einen Zuwachs von 37 % zu verzeichnen hatte (bei einer Bevölkerungszunahme von 16 %), hat die Zahl der Tatverdächtigen in der Gruppe 40+ um 56 % zugenommen (Bevölkerungszunahme von 20 %); das heißt, dass nur ein Teil des Anstiegs durch die demografischen Veränderungen erklärt werden kann. In den ostdeutschen Ländern ist auffällig, dass bei einem bereits stark gesunkenen Anteil der jüngeren Bevölkerung die Zahl der Tatverdächtigen derselben Altersgruppe insgesamt sogar noch viel stärker abgenommen hat; auf der anderen Seite die Zahl bei den Verurteilten und Insassen explosionsartig zugenommen haben. Eine 40 %ige Abnahme bei den Jugendlichen und Heranwachsenden ging mit einem 9 %igen Zuwachs in der Gruppe 40+ einher, obwohl die Bevölkerung der ersteren „nur“ um 17 % abnahm und der letzteren sogar um 31 % zunahm. Der starke Rückgang insbesondere bei den 14- bis 21-Jährigen ist also nur zum Teil dem

Quelle: Bundeskriminalamt

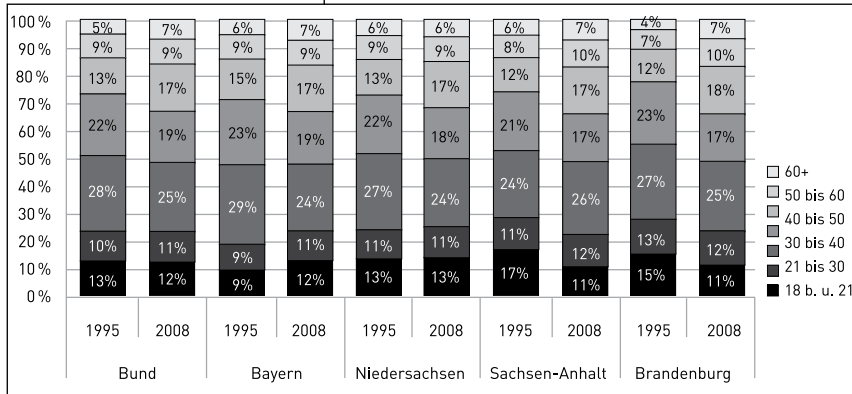


Abb. 4: Anteile der Altersgruppen an allen Tatverdächtigen ab 14 Jahren für PKS insgesamt

demografischen Wandel geschuldet. Bezüglich der Verurteilten- und Insassenziffern machen sich insbesondere Ost-West-Angleichungsprozesse im Rahmen des Justizsystems bemerkbar.

Die Zu- und Abnahmen der absoluten Zahlen bleiben nicht ohne Einfluss auf die Anteile der Altersgruppen an allen Tatverdächtigen, Verurteilten und Inhaftierten.

Es zeigt sich, dass die Anteile der über 40-Jährigen an allen Tatverdächtigen von 1995 bis 2008 in den Bundesländern und auch für Gesamtdeutschland zugenommen haben (vgl. Abbildung 4). Bundesweit stellt diese Altersgruppe 33 % aller Tatverdächtigen ab 14 Jahren, im Jahr 1995 waren es noch 25 %. Allerdings ist diese Gruppe immer noch unterproportional in Bezug auf ihren Anteil an der Bevölkerung ab 14 Jahren (64 %) vertreten. Auch bei den Verurteilten zeigt sich ein Anstieg des Anteils der über 40-Jährigen (in Westdeutschland⁸ von 23 % auf 28 %; in Brandenburg von 17 % auf 30 %). Und auch die Gruppe der Inhaftierten im Alter von 40+ hat in Gesamtdeutschland von 23 % auf 31 % zugenommen, in Sachsen-Anhalt sogar von 14 % auf 25 %.

Die Anteile der jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen bleiben bundesweit (23 %) und in Niedersachsen stabil (24 %), während sie in Bayern noch leicht

zugenommen haben (von 18 % auf 23 %), in Brandenburg und Sachsen-Anhalt schon stark zurückgegangen sind (jeweils von 28 % auf 23 %). Dies entspricht auch der Entwicklung der Bevölkerungsanteile in diesen Altersgruppen. Insgesamt sind die 14- bis 21-Jährigen aber dennoch überproportional belastet: Diese Gruppe stellte 2008 nur 9 % der Bevölkerung, aber 23 % der Tatverdächtigen.

Insgesamt kann die Veränderung der Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen nur einen Teil der Entwicklung in den absoluten Zahlen der Tatverdächtigen, Verurteilten und Inhaftierten und ihrer Altersstruktur erklären. Der zweite wichtige Baustein der Explikation der Zu- und Abnahmen ist die Veränderung der Belastungszahlen.

Die Annahme, eine sinkende Zahl jüngerer Menschen führe zu einer geringeren Kriminalität, kann nicht uneingeschränkt gelten. Dies kann nur unter der Prämisse aufgehen, dass die Kriminalitätsbelastung in jeder Altersgruppe gleichbleibt. Da die Zu- und Abnahmen der Zahlen der Tatverdächtigen, Verurteilten und Inhaftierten aber nicht dem Verlauf der Bevölkerung entsprechen, müssen sich die Ziffern (je 100.000 der Bevölkerung) verändert haben (vgl. Abbildung 5, Seite 9).

Belastungsziffern sind nicht konstant im Zeitverlauf. Was wir finden, sind insbesondere in Niedersachsen stark erhöhte Ziffern und zwar in allen Altersgruppen. In Brandenburg sinkt die Tatverdächtigenbelastungsziffer in fast allen Altersgruppen, die Ziffern der Verurteilten und Insassen nehmen aber drastisch zu, d.h. es kommt zu entgegengesetzten Trends. Dies zeigt, dass die Bevölkerungsentwicklung nur ein Faktor unter weiteren ist, der die Gesamtkriminalität beeinflusst. Zudem kann der demografische Wandel das Kriminalitätsaufkommen nicht nur über den Faktor der Bevölkerungsanzahl in der

Quelle: Bundeskriminalamt

jeweiligen Altersgruppe beeinflussen, sondern es ist auch denkbar, dass die Neukomposition der Altersanteile in einer Gesellschaft einen direkten Einfluss auf die Belastung jeder Altersgruppe hat. Darüber hinaus sind Aussagen über den Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Verurteilten- und Gefangenenzahlen wenig aussagekräftig, wenn schon der Einfluss auf die Tatverdächtigenzahlen mit weiteren Faktoren stark konfundiert ist. Man erkennt, dass Gefangenenzahlen zu einem Teil in Abhängigkeit von den Tatverdächtigen stehen, aber zum größten Teil durch das Strafjustizsystem selbst beeinflusst sind. Jedoch auch hier sind die Einflüsse komplexer, denn nicht selten steigen die Gefangenenzahlen weit über das Maß der Tatverdächtigen oder Verurteilten, was wiederum auf eine Reihe von Drittfaktoren schließen lässt.

Aus der Gegenüberstellung der Altersgruppen und Länder lässt sich der Schluss ziehen, dass die Zu- und Abnahmen auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen sind, von denen typischerweise alle kriminalstatistischen Daten stark beeinflusst sind (Albrecht 2001; Giebel/Kemme 2010; Spiess 2009). Um Hinweise auf diese Drittfaktoren zu erhalten, mit deren Hilfe sich die Tatverdächtigen, Verurteilten und Insassen zukünftig berechnen lassen, wird das nachfolgend skizzierte Forschungsprojekt am KFN durchgeführt.

3. SKIZZIERUNG DES PROJEKTS

Ziel des Projekts „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe“ ist die Erstellung von Zukunftsszenarien bis in das Jahr 2030⁹ hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung für die am Projekt beteiligten Bundesländer Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Mit den

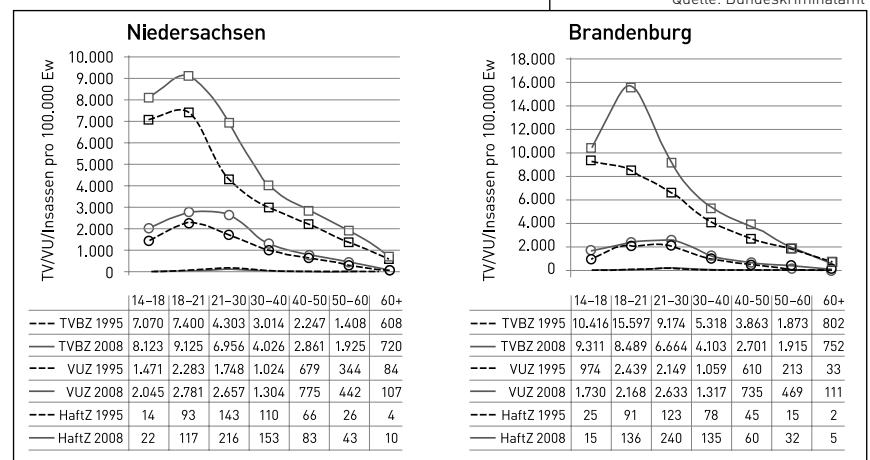


Abb. 5: Age-Crime Kurve 1995 bis 2008 in Niedersachsen und Brandenburg – alle Delikte

Szenarien soll unter Berücksichtigung weiterer als den demografischen Faktoren dargestellt werden, inwieweit sich der Bevölkerungswandel auf die Entwicklung von Tatverdächtigen, Verurteilten und Gefangenen auswirken wird. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Wechselwirkungen zwischen demografisch bedingter Kriminalitätsentwicklung und Reaktionen der verschiedenen Rechtspflegeorgane gelegt werden.

Das Projekt ist in zwei größere Abschnitte unterteilt: In einem ersten Schritt sollen durch eine Analyse der Kriminalitätsentwicklung im Zeitraum 1995 bis 2008 relevante Einflussfaktoren identifiziert werden, welche die Kriminalität beeinflusst haben.¹⁰ Darauf basierend werden Erklärungsmodelle der Kriminalität für diesen Zeitraum entwickelt. Sind diese Modelle spezifiziert, so können in einem zweiten Schritt zukünftige Verläufe der Kriminalität unter der Annahme einer bestimmten Entwicklung der identifizierten und quantifizierbaren Drittvariablen berechnet werden. Bezüglich der erwarteten Trends der unabhängigen Variablen kann entweder, soweit vorhanden, auf Prognosen zurückgegriffen werden oder es können explizite Szenarios durchgespielt werden.

Der erste Projektteil, die rückwärtige

Analyse, unterteilt sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil, wobei der erste qualitative Projektteil mit Erscheinen des Forschungsberichts im Februar 2011 abgeschlossen wurde. Um die Information für die Modellspezifikationen zu erhalten, wurden Experten aus den Bereichen Polizei, Justiz, Justizvollzug und Bewährungshilfe befragt, in jedem der vier Projektländer jeweils zwei Experten zu den Verläufen der Tatverdächtigen-, der Verurteilten- oder der Inhaftiertenzahlen, insgesamt 27 Expertinnen und Experten.¹¹

Für die als offene Leitfadeninterviews konzipierten Expertengespräche legten wir den Experten retrograde Prognosen der Anzahl der Tatverdächtigen, der Verurteilten und der Inhaftierten sowie die tatsächliche Entwicklung dieser Zahlen im Zeitraum 1995 bis 2008 vor.

Konkret wurde die Kriminalitätsbelastung (Tatverdächtigenbelastungs-, Verurteilten- und Haftziffer) für dezidierte Altersgruppen des Jahres 1995 berechnet. Die Belastung wurde als konstant angenommen und auf Basis der Bevölkerungsentwicklung auf den Zeitraum von 1996 bis 2008 projiziert. Der auf diese Weise ermittelten Anzahl der Tatverdächtigen (bzw. Verurteilten und Inhaftierten) ist die tatsächliche Anzahl der Tatverdächtigen

(bzw. Verurteilten und Inhaftierten) gegenübergestellt worden (vgl. Abbildung 6).

Auf Grund der teilweise sehr heterogenen Entwicklung der Kriminalität in unterschiedlichen Deliktsbereichen und der Tatsache, dass verschiedene Delikte auch durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst werden, war es notwendig, die retrograden Prognosen getrennt für verschiedene Delikte durchzuführen.

Die Experten sollten Faktoren benennen, die für die mehr oder weniger divergierenden Entwicklungen zwischen retrograder Prognose und Realität ihrer Ansicht nach verantwortlich waren. Dabei wurden sie nach einer Phase freier Assoziation vom Interviewer zu ihrer Meinung bezüglich weiterer möglicherweise relevanter Faktoren befragt.

4. SCHLUSSBEMERKUNG

Wie aus den vorhergehenden Analysen deutlich wurde, sind die Hellfeldindikatoren der Kriminalität nicht im gleichen Maße gestiegen oder gesunken wie die Bevölkerung. Angesichts der Verläufe und Ziffern lässt sich sagen, dass der Effekt des demografischen Wandels unterschiedlich stark ausfällt. Wären die Ziffern der Tatverdächtigen, der Verurteilten und der Insassen über die Jahre in allen Altersgruppen gleich geblieben, dann hätten sich in Niedersachsen auf Grund des bisher geringen demografischen Wandels die absoluten Zahlen der Hellfeldindikatoren kaum verändert. In Brandenburg hingegen hätten die Abnahmen bei Jugendlichen und Heranwachsenden nicht so drastisch ausfallen dürfen und wären die Zuwächse bei den Älteren wesentlich geringer.

In bisherigen Untersuchungen haben sich auf der Mikroebene demografische Merkmale wie etwa Geschlecht und Alter insgesamt als robuste Einflussfaktoren der Kriminalität herausgestellt (South/Messner

Quelle: Bundeskriminalamt

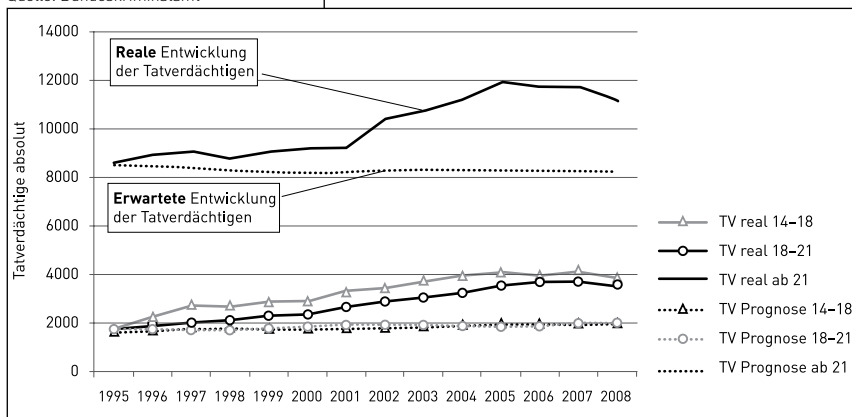


Abb. 6: Beispiel retrograde Prognose – Bayern für gefährliche und schwere Körperverletzung (PKS-Schlüssel 2220)

2000). Allerdings zeigt sich auf der Makroebene nicht immer der erwartete Zusammenhang von Kriminalitätsrate und Populationsstruktur. Zwar hat in einigen Studien die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, gemessen etwa über den Anteil der besonders kriminalitätsbelasteten jungen Männer, einen Effekt auf das Kriminalitätsaufkommen (vgl. auch Carrington 2001; Cohen/Land 1987; Entorf/Spengler 2000; Lee 1984; LKA-NRW 2006). Demgegenüber finden andere Autoren (Baumer 2008; Levitt 1999) keinen oder nur einen begrenzten Effekt der Altersstruktur auf das gesellschaftliche Kriminalitätsaufkommen. Demzufolge kann eine einfache Projektion der Bevölkerungsentwicklung auf die Kriminalitätsentwicklung unter Annahme einer konstanten Belastung oder unter Fortschreibung bestehender Trends keinesfalls die Grundlage einer Prognose im Sinne einer Aussage über eine zukünftige Entwicklung sein.

Wie aus den Interviews der Experten deutlich wurde, hängen die Hellfeldzahlen zu einem großen Teil von Veränderungen im Anzeigeverhalten, in der Polizei- und Justizorganisation, in Verfolgungsstrategien und in Registriertechniken ab. In Ostdeutschland weisen die Daten zudem nach wie vor große Einflüsse der gesellschaftlichen Umbrüche der 1990er Jahre auf. Dies sind aber Faktoren, die sich im Rahmen der Modellspezifikationen nicht quantifizieren lassen. Allerdings ist es möglich, sie theoretisch bei der Entwicklung der Szenarien zu berücksichtigen. Insgesamt lässt sich sagen, dass kriminalstatistisch ausgewiesene Kriminalitätsanstiege oder -rückgänge nur in geringem Maße mit tatsächlichen Veränderungen in Zusammenhang gebracht werden. Doch zumindest können die von den Experten als relevant identifizierten Faktoren vor übereilten und wenig durchdachten Interpretationen von Trendextrapolationen auf alleiniger Basis der Bevölkerungsentwicklung bewahren helfen.

¹ Bspw. BMI/BMJ 2006; LKA-Niedersachsen 2010.

² Die Gesamtkriminalität wird entsprechend der PKS als alle Verstöße gegen die Strafgesetze des Bundes ohne Verkehrs- und Staatsschutzdelikte erfasst.

³ Von 1995 bis 2003 nimmt die Bevölkerungsanzahl zu, um danach bis 2009 auf 82 Millionen leicht zu sinken, wobei sie noch immer über dem Wert von 1995 liegt.

⁴ Variante 1 – W1: die Untergrenze der

„mittleren“ Bevölkerung: Annahme annähernder Konstanz der Geburtenziffer (G1): Die Entwicklung der letzten 15 bis 20 Jahre setzt sich während der nächsten 20 Jahre fort. Die zusammengefasste Geburtenziffer bleibt auf dem Niveau von 1,4 je Frau bei einem Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters um ca. 1,6 Jahre; Basisannahme zur Lebenserwartung (L1): Für Männer ergibt sich im Jahr 2060 eine durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt von 85,0 Jahren

und für Frauen von 89,2 Jahren; Annahme des Wanderungssaldos (W1): jährlicher Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen.

⁵ Exemplarisch lässt sich diese Überlegung wie folgt darstellen: Delikt A ist schwer aufzuklären und hat eine Aufklärungsquote von 20 %, Delikt B lässt sich leichter ermitteln und wird in 90 % aller Fälle aufgeklärt. Macht Delikt A, das schwer aufzuklären ist, zum Zeitpunkt t1 50 % aller Delikte aus und Delikt B eben-

falls 50 %, so ist die durchschnittliche Aufklärungsquote 55 %. Zum Zeitpunkt t2 haben sich die Deliktsanteile verschoben, Delikt A stellt nunmehr 20 % aller Delikte, während Delikt B für 80 % verantwortlich ist, so werden insgesamt 76 % aller Fälle aufgeklärt. Die Gesamtaufklärung ist also gestiegen, ohne dass sich die deliktspezifischen Quoten verändert haben. Dieses Beispiel veranschaulicht, wie die Deliktsverschiebung die Aufklärungsquote verändern kann.

⁶ Jeweils bundesweit für das Jahr 2008 (Bundeskriminalamt 2009).

⁷ Der 2009 ausgewiesene Anteil an ausländischen Straftätern von 21,2 % (alle Straftaten) bzw. 23,5 % (Gewaltkriminalität) liegt deutlich über dem ausländischen Bevölkerungsanteil von 8,8 %; d.h. Ausländer treten ca. 2,5 Mal häufiger als Täter in Erscheinung, als es ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung erwarten ließe.

⁸ Nur für Westdeutschland, da die Strafverfolgungsstatistik in den neuen Bundesländern ab 1995 noch nicht flächendeckend erhoben wurde.

⁹ Die Szenarien für den Zeitraum von 2021 bis 2030 werden allerdings mit deutlich größerer Unsicherheit behaftet sein, als die für den vorangehenden Zeitraum. Zum einen kann die Bevölkerungsstruktur des Jahres 2020, abgesehen von Wanderungsbewegungen, relativ sicher vorhergesagt werden, zum anderen sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Kriminalitätsaufkommen für die Jahre ab 2020 beeinflussen, heute erheblich schwerer einzuschätzen, als die der nächsten Jahre.

¹⁰ Obwohl in Deutschland bereits seit 1993 eine bundesweit einheitliche Polizeiliche Kriminalstatistik geführt wurde, wird im Projekt das Jahr 1995 zum Ausgangspunkt gewählt, denn nach einer anfänglichen Umstellungsphase in den ostdeutschen Ländern sind ost- und westdeutsche Länder frühestens ab 1995 miteinander vergleichbar.

¹¹ Aus der Polizei wurden 13, aus der Strafjustiz sechs und aus dem Strafvollzug neun Experten befragt. Aus dem polizeilichen Bereich waren die Befragten Mitarbeiter der kriminologischen Forschungs- oder Statistikabteilungen der Landes-

kriminalämter bzw. in leitender Funktion in Polizeidirektionen tätig. Die Experten für den Bereich der Justiz und der Bewährungshilfe rekrutierten sich aus Richtern, Staatsanwälten, Anstaltsleitern und Bewährungshelfern.

Quellenangaben

Albrecht, H.-J. (2001). Kriminalitätstrends, in: Kolte, B./Prepeliczay, S. et al. (Hg.) *Gedankengefängnisse aufbrechen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Stephan Quensel*.

Baier, D. (2008). *Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd, Hannover*.

Baumer, E. P. (2008). *An Empirical Assessment of the Contemporary Crime Trends Puzzle: A Modest Step Toward a More Comprehensive Research Agenda*, Committee on Understanding Crime Trends, Washington D.C.

BMI/BMJ (Hg.) (2006). *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*, Berlin.

Bundeskriminalamt (2009). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2008*, Wiesbaden.

Carrington, P. J. (2001). *Population Aging and Crime in Canada*, *Canadian Journal of Criminology* (43), 331–356.

Cohen, L./Land, K. (1987). *Age Structure and Crime: Symmetry versus Asymmetry and the Projection of Crime Rates Through the 1990s*, *American Sociological Review* (52), 170–183.

Entorf, H./Spengler, H. (2000). *Socioeconomic and Demographic Factors of Crime in Germany. Evidence from Panel Data of the German States*, *International Review of Law and Economics* (20), 75–106.

Giebel, S. M./Kempe, S. (2010). *Weniger Jugendliche – weniger (Jugend-)Kriminalität – weniger Polizei(bedarf)?*, in: Frevel, B./Rüdiger, B. (Hg.) *Empirische Polizeiforschung XII: Demografischer Wandel und Polizei*, Frankfurt, 71–97.

Köllisch, T./Oberwittler, D. (2004). *Wie ehrlich berichten männliche Jugendliche über ihr delinquentes Verhalten?*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (56/4), 708–735.

Langenhoff, G. (2005). *Demographischer Wandel –*

- auch in der Strafrechtspflege, Bewährungshilfe – Soziales – Strafrecht – Kriminalpolitik, 99–115.
- Lee, W. G. (1984). *Are Crime Rates Increasing? A Study of the Impact of Demographic Shifts on Crime Rates in Canada*, *Canadian Journal of Criminology* (26/1), 29–41.
- Levitt, S. D. (1999). *The Limited Role of Changing Age Structure in Explaining Aggregate Crime Rates*, *Criminology* (37/3), 581–597.
- LKA-Niedersachsen (2010). *Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2009*, Hannover.
- LKA-NRW (2006). *Trends in der Kriminalität in NRW. Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen*, Düsseldorf.
- Metz, R./Sohn, W. (2008). *Ist der tiefste Stand schon erreicht? Eine Untersuchung zur Entwicklung der Strafgefangenenzahlen im Auftrag der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg*, Kriminologische Zentralstelle, Wiesbaden.
- South, S. J./Messner, S. F. (2000). *Crime and Demographie: Multiple Linkages, Reciprocal Relations*, *Annual Review of Sociology* (26), 83–106.
- Spiess, G. (2009). *Demographischer Wandel und altersspezifische Kriminalität. Projektion der Entwicklung bis 2050*, in: Naderi, R. (Hg.) *Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen*, Wiesbaden. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (128), 35–56.